



Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Bezirksregierungen
**Arnsberg, Detmold, Düsseldorf,
Köln und Münster**

Nachrichtlich

Ministerium für
Inneres und Kommunales NRW

Bundesamt für Güterverkehr
Werderstraße 34
50498 Köln

Ausnahmen vom Sonn- und Feiertagsfahrverbot (§§ 30 Abs. 3, 46 Abs. 1 Ziff. 7 StVO)

Auf der Verkehrsministerkonferenz (VMK) am 09./10.10.2007 in Merse-
burg haben die Verkehrsminister der Länder einstimmig beschlossen,
dass sich die Genehmigungspraxis in den Ländern an folgenden Krite-
rien ausrichten soll:

Unbeschadet der gesetzlichen Regelung in § 30 Abs. 3 StVO bitte ich
ab sofort wie folgt zu verfahren.

1. Eine Ausnahmegenehmigung für Fahrten an Sonn- und Feiertagen
in der Zeit zwischen 0:00 Uhr und 22:00 Uhr ist in den unter 1.1 bis
1.6 aufgeführten Fällen nicht erforderlich, das heißt, das Sonn- und
Feiertagsfahrverbot gilt nicht für:
 - 1.1. Zugmaschinen, die ausschließlich dazu dienen, andere Fahr-
zeuge zu ziehen,
 - 1.2. Zugmaschinen und Sattelzugmaschinen mit Hilfsladefläche,
deren Nutzlast nicht mehr als das 0,4fache der zulässigen Ge-

28. August 2013

Seite 1 von 5

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

III B 2-22-30/3.0

RAFr Lauf-Raudenkolb

Telefon 0211 3240

Fax 0211 9135

anja.lauf-

raudenkolb@mbwsv.nrw.de

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 3843-0
Telefax 0211 3843-9110
poststelle@mbwsv.nrw.de
www.mbwsv.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 704, 709,
719 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke

samtmasse beträgt,

- 1.3. Fahrzeuge, bei denen die beförderten Gegenstände zum Inventar gehören, wie z.B. Ausstellungs-, Film- und Fernsehfahrzeuge sowie Schaustellerfahrzeuge (Schaustellerfahrzeuge auch mit Anhänger),
 - 1.4. selbstfahrende Arbeitsmaschinen,
 - 1.5. Einsatzfahrten von Bergungs-, Abschlepp- und Reparaturfahrzeugen,
 - 1.6. Wohnwagenanhänger und Anhänger, die zu Sport- und Freizeitwecken hinter Lastkraftwagen geführt werden. Die zulässige Gesamtmasse des Zugfahrzeuges darf bis zu 3,5 to betragen, die Gesamtmasse der Kombination kann daher auch über 3,5 to liegen.
2. Für Ausnahmegenehmigungen vom Sonn- und Feiertagsverbot auf Antrag wird für die Beförderung folgender Waren grundsätzlich von einer Dringlichkeit im Sinne von Ziff. 7 VwV zu § 46 StVO ausgegangen:
- 2.1. lebende Tiere,
 - 2.2. Schnittblumen und lebende Pflanzen,
 - 2.3. frische, leicht verderbliche Lebensmittel, soweit sie nicht bereits generell freigestellt sind,¹
 - 2.4. landwirtschaftliche Erzeugnisse in deren Erntezeit, sofern sie nicht bereits freigestellt sind,

¹ vgl. Verkehrsblatt 1998 Seite 844

- 2.5. Ausrüstungs- und Ausstellungsgegenstände sowie Lebensmittel für Messen, Ausstellungen, Märkte, Volksfeste, kulturelle oder sportliche Veranstaltungen,
- 2.6. Fahrten von Oldtimer-Lkw zu Messen, Ausstellungen, Märkte, Volksfeste, kulturelle und sportliche Veranstaltungen,
- 2.7. Zeitungen und Zeitschriften mit Erscheinungsdatum am Sonn- oder Feiertag oder am Folgetag,
- 2.8. Waren zur termingerechten Be- oder Entladung von Seeschiffen oder Flugzeugen, sofern nachgewiesen ist, dass die Benutzung einer bestimmten Schiffs- oder Flugverbindung bzw. ein unmittelbarer Anschlusstransport an Sonn- oder Feiertagen auf der Straße aus Gründen des Allgemeinwohls oder im Interesse des Antragstellers dringend geboten ist,
- 2.9. Hilfsgüter in oder für Krisen- und/oder Notstandsregionen,
- 2.10. Leerfahrten und Rücktransporte, die im Zusammenhang mit Fahrten nach Ziff. 2.1. bis 2.9. stehen.

Es besteht Einvernehmen über die Ablehnung einer Genehmigungsmöglichkeit, wenn die Transportfahrt am Samstag und Leer-Rückfahrt am Sonntag oder die Leer-Hinfahrt am Sonntag und Transportfahrt am Montag stattfinden sollen. In beiden Fällen handelt es sich bei der Transportfahrt nicht um eine Ausnahmefahrt am Sonntag, so dass der Bezug nicht greift. Der Transport fällt nicht unter das Sonn- und Feiertagsfahrverbot.

3. Ausnahmegenehmigungen für andere Fahrten erfordern eine spezielle Dringlichkeitsprüfung, die nach folgenden Kriterien durchzuführen ist:
 - 3.1. Ausnahmegenehmigungen dürfen nur erteilt werden, wenn

3.1.a. ein öffentliches Interesse an der Durchführung des Transports während der Verbotszeit besteht oder die Versagung der Genehmigung eine unbillige Härte für den Antragsteller darstellen würde und

3.1.b. der Nachweis erbracht wird, dass eine Beförderung weder mit anderen Verkehrsmitteln noch außerhalb der Verbotszeit möglich ist.

3.2. Dauerausnahmegenehmigungen dürfen nur in Sonderfällen erteilt werden, wenn die Erforderlichkeit des Transports für den gesamten Geltungszeitraum nachgewiesen ist.

4. Verfahren bei Ausnahmegenehmigungen

Der Antragsteller hat folgende Unterlagen vorzulegen:

4.1. einen schriftlichen Antrag mit Begründung (einschl. Angaben zu den beförderten Gütern) und einen Nachweis der Erforderlichkeit des Transports während der Verbotszeit mit dem beantragten Transportmittel,

4.2. bei beantragter Dauerausnahmegenehmigung einen Nachweis über die Erforderlichkeit einer regelmäßigen Beförderung während der Verbotszeit, z.B. eine Dringlichkeitsbescheinigung der Industrie- und Handelskammer,

4.3. den Kraftfahrzeugschein bzw. die Zulassungsbescheinigung Teil 1²; für ausländische Fahrzeuge, in deren Zulassungsdokumenten die zulässige Gesamtmasse nicht eingetragen ist, eine entsprechende amtliche Bescheinigung.

² Angleichung (neue EU-Zulassungsdokumente)

5. Ergänzender Inhalt und Nachweis der Ausnahmegenehmigung

- 5.1. Die für die Beförderung zugelassenen Güter sind - soweit möglich - einzeln aufzuführen. Eine Zuladung anderer Güter kann bis höchstens 10 % der gesamten Ladung zugelassen werden.
- 5.2. Soweit es aus verkehrlichen Gründen geboten ist, kann der Beförderungsweg festgelegt werden.
- 5.3. Es genügt, wenn eine Ablichtung des Bescheides per Fernkopie mitgeführt wird.

Dieser Erlass hat ausschließlich in Nordrhein-Westfalen Gültigkeit. In anderen Bundesländern kann es andere Regelungen geben.

Die Regelungen dieses Erlasses gelten gleichermaßen auch an den Samstagen während des Anwendungszeitraums der Ferienreisezeitverordnung.

Meine bisherigen Erlasse zum Sonn- und Feiertagsfahrverbot – soweit sie nicht die Auslegung der gesetzlich geregelten Ausnahmetatbestände und die Regelungen zu bundesuneinheitlichen Feiertagen betreffen – hebe ich hiermit auf.

Ich bitte, Ihre zuständigen Behörden entsprechend zu informieren.

Im Auftrag

gez.
Günther Karneth